

## Protokolleintrag vom 22.01.2003

2003/21

Von Luzi Rüegg (SVP) und Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) ist am 22.1.2003 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie für den gewerblichen Berufsverkehr bessere verkehrspolizeiliche Rahmenbedingungen mit einfacher Administration geschaffen werden können, damit dieser seine wichtige Aufgabenstellung für die Bewohnerinnen und Bewohner, Firmen und die öffentliche Hand wahrnehmen kann.

Begründung:

Immer wieder riskieren Berufschaffere, Fahrer von Reparatur- und Werkstattfahrzeugen, Service- und Pikettendienstwagen eine Busse, wenn sie gezwungenermassen auf dem Trottoir oder anderer verbotener Stelle parkieren um Lieferungen etc. aus- respektive zuzuladen.

Die Praxis zeigt aber, dass das Parkieren in Parkverbotszonen, auf Trottoirs oder sogar in Halteverbotszonen von Fahrzeugen der PTT nicht geahndet wird. Die Toleranz, die den Fahrern von PTT-Fahrzeugen zugestanden wird, sollte nach dem Grundsatz, vor dem Gesetz sind alle gleich, auch dem erwähnten Berufsverkehr zustehen. Diese ungleiche Behandlung ist aufzuheben.